Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5257**

17. Wahlperiode 23. 03. 2011

Antrag

der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Monika Lazar, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Ingrid Nestle, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauenquote bei Gremienbesetzungen durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung konsequent einhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Fünfte Gremienbericht der Bundesregierung zum Bundesgremienbesetzungsgesetz vom Dezember 2010 (Bundestagsdrucksache 17/4308) belegt, dass der durchschnittliche Frauenanteil an allen Gremienmitgliedern im Einflussbereich des Bundes bei 24,5 Prozent liegt. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) verzeichnet der Bericht in den Gremien einen Frauenanteil von 17 Prozent. Damit sind Frauen in wichtigen Zukunftsfeldern noch erheblich unterrepräsentiert. Der Verfassungsauftrag mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht.

Zu Recht weißt der Bericht darauf hin, dass der gleichberechtigten Gremienbesetzung eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Denn in Gremien findet eine weitgehende politische und fachliche Einflussnahme und Steuerung statt. Der Frauenanteil in Gremien, einschließlich der projektgebundenen Arbeits- und Auswahlgremien, ist ein wichtiger Indikator für die Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gremien ist kein Selbstläufer. Insgesamt erweist sich jedoch das Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG) in seiner jetzigen Fassung als nicht praxisgerecht. Zukunftsorientierte Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– eine Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes durchzuführen, um effektivere Besetzungsmechanismen zu implementieren sowie geeignete Kontroll- und Quotenmechanismen einzuführen,

– bis zur Novellierung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes bei der Besetzung von Gremien durch das BMVBS (z. B. Kuratorium zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik) die Frauenquote des Bundesgremienbesetzungsgesetzes einzuhalten,

– bei der Benennung von Mitgliedern für projektgebundene Fachjurys, Arbeits- und Auswahlgremien (z. B. Bundesprogramm des Europäischen Sozialfonds „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“) durch das BMVBS, Frauen mindestens hälftig zu berücksichtigen,

– transparente Besetzungsverfahren sowie effektive Kontrollmechanismen einzuführen, anhand derer die Erreichung des Ziels der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien im Zuständigkeitsbereich des BMVBS überprüft werden kann,

– im BMVBS eine vollständige Liste der Gremien zu führen, einschließlich aller Arbeits- und Auswahlgremien, und den jeweiligen Frauenanteil auszuweisen.

Berlin, den 22. März 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333